

**Erscheint täglich**  
nachmittags mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementpreis**  
monatlich 90 Pf.  
vierteljährlich 1.80 Mk.  
jährlich 3.60 Mk.  
prohonorar, frei ins Haus.  
Durch die Post bezogen  
1.85 Mk. exkl. Beleggeld.

**Die Neue Welt**  
"Unterhaltungsblatt"  
durch die Post nicht bezug-  
bar, kostet monatlich 10 Pf.,  
vierteljährlich 30 Pf.

Verleger: Dr. 1047.  
Verlag: Hermann  
Verlag: Halle a. S.

# Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißfels-Reiz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

**Inserionsgebühren**  
bestehen für die 4 ersten  
Zeilen je Zeile 20 Pfennig,  
für ansonstige Anzeigen  
25 Pfennig.  
Im reaktionären Teile  
kann die Zeile 70 Pfennig.  
Inferate  
für die fällige Summe  
werden im Voraus zu vor-  
mittags halb so schnell bez.  
Expeditoren angegeben  
sein.  
Einlagen in die  
Postzeitungsliste.

## Um den Krieg!

Doch die russische Regierung sich schließlich doch den fran-  
zösischen Vorlägen geneigt gezeigt hat, schafft die Tatsache nicht  
aus der Welt, daß niemand durch seine Politik Serbien so zum  
Kriege angepöbeln hat wie Rußland. Ohne die Unterstützung  
durch die russische Regierung würden sich Serbien und Montene-  
gro nicht jenseit vorgewagt haben als sie es tatsächlich getan.  
Aber die Politik Rußlands besteht aus Bosheit und Schwäche.  
Darum werden die "slawischen Brüder" von der russischen Re-  
gierung zu gleicher Zeit unterlügen und verraten.

In diesem Augenblick scheint die russische Regierung Serbien  
wieder einmal verraten zu wollen. Denn noch im Dezember  
erklärte Herr Jugoß in der Reichsduma mit aller Bestimmtheit,  
Serbien möge sich nur ruhig auf die russische Regierung  
verlassen, diese werde dessen Forderungen mit aller Energie auf  
dem diplomatischen Wege vertreten. — und nunmehr will die  
russische Regierung mit den anderen Mächten Serbien veran-  
lassen, von seinen Forderungen zurückzutreten. Damit ist freilich  
noch keineswegs gesagt, daß nicht dieselbe russische Re-  
gierung nächsten die Interessen Europas verraten werde.

Die augenblickliche Schwermut der russischen Politik gegen-  
über Serbien ist entstanden, weil Rußland sich isoliert sah.  
Vielleicht sagte man sich auch in den russischen Regierungskreisen,  
daß die Intervention noch nichts entscheide und man die  
Kritik am besten bereite, wenn man an ihr teilnehme.  
Vor allem aber sind jetzt die Dinge in Serbien soweit fort-  
geschritten, daß es schwer genug fällt, die entseelten Kräfte  
zurückzuhalten.

Die Serben fühlen, daß sie Einbruch machen, sie sind auf dem  
Weg des Erfolges. Sie haben es tatsächlich durch ihr Kriegs-  
geheiß jenseit gebracht, daß Österreich ihnen „wirtschaftliche  
Vorteile“ gewähren will, an die es früher auch nicht im ent-  
ferntesten dachte. Österreich möchte sich gern von ihnen die  
Frieden erkaufen. Das ist sehr berechtigt. Österreich ist dem  
heutigen Serbien an Militärkräften weit überlegen, deshalb  
sollte ihm aber auch die Mobilisation mehr als seinen  
Gegner. Die großen Truppenmassen, die Österreich in den  
Grenzgebieten zusammengezogen, verschlingen Millionen. Dazu  
kommt noch das Fehlen der Umrüstung, das die Geschäftstätigkeit  
stört, und auch das wird von dem industriellen Österreich viel  
schärfer empfunden als von dem bäuerlichen Serbien. Diese  
wirtschaftliche und finanzielle Spannung ist es denn auch vor  
allem, die für Österreich den Zustand unerträglich macht und  
es in eine Stimmung versetzt, daß es lieber heute als  
morgen loslagern möchte.

Diese wirtschaftlichen Zusammenhänge sind überhaupt sehr  
beachtenswert. Was die Engländer im Burenkrieg, die Deut-  
schen im Herzerkrieg in Erfahrung gebracht haben, das dürften  
die Österreicher in einem Krieg mit Serbien erst recht lernen:  
daß die Wälder mit wenig entwickelter Industrie die wirt-  
schaftlichen Schäden des Krieges weniger empfinden, ihn sehr  
lange aushalten können und daß ein solcher Krieg darum sehr  
teuer zu stehen kommt. Es ist sehr fraglich, ob ganz Serbien  
für Österreich so viel wert ist als es kosten würde, dieses Land  
zu erobern.

Auch läßt sich nicht bestreiten, daß es für die wirtschaftliche  
Entwicklung Serbiens von großer Bedeutung wäre, wenn es  
freien Zugang zum Meere erlangt hätte. Das braucht aller-  
dings nicht unbedingt durch Gebietsabtretung zu geschehen. Es  
kann auch durch ein politisches Bündnis oder durch eine Zoll-  
union erreicht werden.

Unter diesen Umständen bedeutet die Intervention der Groß-  
mächte noch keine Sicherung des Friedens. Auf die russische  
Angst vor dem Krieg ist erst recht kein Verlaß.

Denn es gibt auch Gründe, die der russischen Regierung den  
Krieg erwünscht sein lassen. Das zaristische Reich hat seine Macht-  
stellung in Europa verloren. Wenn aber die Staaten Europas  
in einen Krieg verwickelt werden, dann verliert sich das politi-  
sche Gleichgewicht wieder zugunsten Rußlands. Ebenfalls  
bekommt dann das zaristische Reich die Hände frei, um sich in  
Generalstaaten für die Schlägen zu entschuldigen, die es in Ostafrika  
erlitten hat. Es hat denn auch die Verletzung Belgiens bereits  
soweit gefördert, daß es nur zugreifen braucht, um seine  
Pläne durchzuführen.

Allerdings ist Vorbedingung, daß Rußland selbst außerhalb  
der Schuldweite bleibt, Rußland kann jetzt keinen Krieg führen.  
Deshalb ist sich die zarische Regierung wohl bewußt. Darum  
ergibt sich aber bloß, daß Rußland im Ernstfalle Serbien erst  
recht verraten werde.

Wohl, daß die russischen Staatsmänner die Entwicklung  
vorwärts, wie sie nach dem Krimkrieg stattfand. Nachdem  
Belieurepa mit Rußland fertig geworden war, verwickelten sich  
die einzelnen Staaten in Kriege, durch die sie zunächst gegen-  
seitig geschwächt wurden. In dem Maße sich wieder der  
politische Einfluß des zaristischen Reichs, bis es nach dem deutsch-  
französischen Krieg, seinen großen Heißzug gegen die Türkei  
unternahm.

Aber das Rußland von heute stellt jenseit wirtschaftlich wie  
politisch einen komplizierteren Mechanismus dar, als das  
russische Reich der 50er Jahre. Das moderne Rußland würde  
von einem europäischen Krieg, auch wenn es neutral bleibt,  
wirtschaftlich und finanziell in hohem Grade mitgenommen  
werden. Das ist der wundeste Punkt der russischen Politik, und  
denn deshalb, weil die wirtschaftliche und politische Salamität

eine scharfe politische Rückwirkung im Inlande haben  
könnte.

Hätte die russische Regierung bloß den russisch-japanischen  
Krieg und nicht auch die Revolution hinter sich, so würde  
sie jetzt mit einem ganz anderen Wagen aufzutreten. Die  
Angst der zarischen Regierung vor einem europäischen Krieg  
liegt viel weniger in der Befürchtung, daß es Ausland nicht  
gelingen werde, die Neutralität zu wahren, vielmehr in der  
Angst vor der russischen revolutionären Ereignisse zu einer Zeit,  
da man die Armeen an den Grenzen halten muß, statt sie zu  
Strafexpeditionen zu gebrauchen.

Die westeuropäische Bourgeoisie hat aber selbst das meiste  
dazu beigetragen, der zarischen Politik die Wege zu ebnen.  
Sie hat es, indem sie mit ihren Finanzmitteln und ihren Kompa-  
gnien die russische Konterrevolution unterstützte. Das übrig-  
belogt die russische Bourgeoisie bis auf die Knochen, die ihren  
revolutionären Standpunkt aufgegeben haben, um mit der Re-  
gierung in einen nordpatriotischen Wettstreit zu treten.  
Zweifellos, treibt die zarische Regierung Kriegspolitik, so findet  
sie Dedung in der Duma von allen Seiten, mit Ausnahme der  
Sozialdemokratie. Aber diese Dedung kann allerdings nicht  
mehr wegen als die Duma selbst, die nur durch ein exklusives  
Wahlrecht zustande kam und sich hält.

## Der Endkampf um die Nachlaßsteuer.

Die Steuerkommission des Reichstags hat am Dienstag ihre  
Beratungen wieder aufgenommen, ohne daß zuvor eine Einig-  
ung zwischen den Biedpartien zustande gekommen wäre. Der  
schwarze Block steht trotz Wilow noch immer „fest und  
treu“ zur Abwehr jeder wirtschaftlichen Verrückung des Besizes  
zusammen; von rechts und links des alten Blocks aber prallen  
die Abströmung mit Wein und Ja hat gegen einander. Es  
geht im wesentlichen um die Nachlaßsteuer, denn der  
Kampf um die Vermögenssteuer trägt angehängt der ent-  
scheidenden Gegenrichtung der verbündeten Regierungen nur  
epitaphischen Charakter. Die Sozialdemokratie greift energisch  
für die Nachlaßsteuer ein. Freilich: Sozialdemokratie, Freisinn  
und verbündete Regierungen, ein seltener Dreiflang! Die  
Reichspartei und die Nationalliberalen können augenblicklich  
dem scharfen moralischen Druck nicht standhalten, sie behalten  
sich, um zu kaufen, vor, auf die Nachlaßsteuer „zurückzu-  
kommen“, wenn sich ein anderer Ausweg durchaus nicht finden  
läßt. Wäre die Regierung nicht der geschäftsführende Aus-  
schuß der Junker, der stets nur nach der Brust des Fiskus Ausschau  
tut, dann wäre am Ende eine Mehrheit für die Nachlaßsteuer  
im Reichstag zu finden gewesen. Der Bund der Landwirte  
spielt aber mit seinem Beauftragten Wilow und Kommandiert  
einfach seine Verbindungen. Ein Wilow regiert niemals gegen  
die Junker.

Die Steuerkommission lehnte die Nachlaßsteuer gegen die  
Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten ab. Der  
nationalliberale Antrag, betr. Reichsvermögenssteuer fiel mit  
14 gegen 9 Stimmen.

### Das geschickte Kompromiß.

Ueber die Vorläufe des Viermänner-Ausschusses berulante  
noch immer nichts Bestimmtes, doch ist es nach dem bisherigen  
Verlauf der Angelegenheit ziemlich sicher, daß es sich um weiter  
nichts als um eine oberflächliche Änderung des bekann-  
ten Zentrumschwinds handelt. Dieser Zentrums-  
schwindel kommt auch unter der Firma des freikonservativen  
Abg. v. Camp am Mittwoch in der Kommission zur Beratung  
und man nimmt an, daß sich für ihn eine Mehrheit finden  
wird, die sich aus der konservativen Rechten und dem Zentrum,  
möglichstweise auch den Nationalliberalen zusammensetzen  
wird. Dagegen haben es die Freisinnigen bisher entschieden  
ablehnt, sich an der beabsichtigten Täuschung der Wähler mit-  
schuldig zu machen. Wie sind vorläufig genug zu bemerken,  
daß das Vorhandensein dieser freisinnigen Entscheidung nur  
bis Dienstagabend mit Sicherheit konstatiert werden  
kann. Ein Zeichen die ein Wunder oder wäre es, wenn nur  
die Freisinnigen entschlossen wären, mit einer Politik Schluss  
zu machen. Die ihnen weiter nichts gebracht hat als Ent-  
schuldigungen, Demütigungen und Widmungen. Für die Sozial-  
demokratie würde sich aus einer solchen Verringerung der Partei-  
enstellung eine andere Politik nicht ergeben. Das Zentrum  
muß auf jeden Fall aufs allerhöchste bestmöglichst  
werden.

Im Reichstage besaß am Dienstag, so wird uns ge-  
meindet, mit aller Bestimmtheit, daß die Fraktion der frei-  
sinnigen Parteien für die Steuerkommission nicht zu halten  
seien. Der Abgeordnete Dr. Biemer, der das Kompromiß mit-  
beraten hat, hat es nicht fertig gebracht, seine Fraktion umzu-  
stimmen. Die ganze Situation ist momentan derart ver-  
worfen, daß ein Ausweg noch nicht ersichtlich ist. Man rechnet  
zwar damit, daß das Zentrum an Stelle der Freisinnigen ein-  
springt, auf der anderen Seite aber hört man, daß besonders  
die süddeutschen Regierungen unter allen Umständen an der  
Nachlaßsteuer festhalten wollen. — Die Sitzungen der Steuer-  
kommission sind jeden Tag von Abgeordneten, die als Zuhörer  
teilnehmen, außerordentlich stark besucht. Auch eine ganze  
Reihe einzelstaatlicher Finanzminister nehmen an den Sitzun-  
gen teil.

### Der nationale Feind.

Professor Hans Delbrück kämpft nach wie vor mit allem  
Nachdruck für die Nachlaßsteuer. Er erklärt, daß die Konser-  
vativen und die Agrarier in der Hauptstadt deshalb gegen die  
Nachlaßsteuer seien, weil sie die Aufhebung der außerordentlich  
umfangreichen Steuerunterstützungen bei der Ertragssteuer  
mit sich brächte. Nach einer von ihm gemachten Aufstellung  
würden allein in Preußen 60 Milliarden Mark nicht zur Steuer  
besteuert. Professor Delbrück behauptet, daß es der Bund der  
Landwirte sei, d. h. die Junker, der das Mißlingen des Wirt-  
schaftes bilde. Der Bund der Landwirte untergrabe und er-  
scheide in deutschen Wäldern den Sinn für patriotische Pflichterfüllung.  
Der Bund der Landwirte sei in Wirklichkeit der nationale  
Feind.

### Zentrum und Geldloß!

Auf welche Parteien sich der Geldloß am meisten verlassen  
kann, haben die Abstimmungen am Dienstag in der Steuer-  
kommission des Reichstags gezeigt.

Gegen die Nachlaßsteuer könnten aber jeden Vorbehalt Kon-  
servative, Antisemiten und Zentrum; mit Vorbehalt  
Reichspartei und Nationalliberale. Dafür Sozialdemokraten  
und Freisinn.

Gegen die Vermögenssteuer ohne Vorbehalt: Konservativ,  
Reichspartei und Zentrum. Mit Vorbehalt: die Anti-  
semiten. Dafür: Sozialdemokraten, Freisinn, Nationalliberale.  
Als Schutztruppe des Geldloß hat also das Zentrum ge-  
meinsam mit den Konservativen den Befehl geschlagen. Selbst  
Reichspartei, Nationalliberale und Antisemiten reichen da  
nicht mehr heran. Sie haben allerlei Bedenken und Vorbe-  
halte. Das Zentrum, frei von allen Rücksichten, stimmte  
brutal jeden Antrag nieder, der darauf abzielt, die indirekten Steuerlasten durch die  
Mittelbehaltung des Reichtums auszuräumen und nur ein  
geringes zu mildern.

So handelt die Partei, die behauptet, es sei ihr Aufgabe, die  
Politik mit christlichem Geiste zu erfüllen! Wie die  
konservativen Junker durch ihre brutale Geldloßpolitik den  
Namen des Patriotismus zu schänden, so schändet das Zen-  
trum durch die Knappheitspolitik, die es jenen leistet, den Namen  
des Christentums. Der christliche Geist, die Rücksicht auf  
die bedürftigen Volksschichten, das sozialpolitische Verhältnis,  
und was sonst alles in Minder-Glücklicher Traktaten dem  
Zentrum nachgeschrieben wird, das alles wird einer gewissenlosen  
„Taktik“ ohne weiteres geopfert. Im Jahre 1906 sprachen sich  
die Zentrumsgeschiedenen Freisen und Sped für die  
Erbkassenerneuerung der direkten Linie aus.  
Der letztere erklärte in der Reichstagsitzung vom 6. Januar  
1906:

Die sittliche Verachtung des Reiches, diejenigen Vermögen  
von den Reichen des Reiches heranzuziehen, deren Bildung  
und Erhaltung es garantiert und befordert hat, kann man nicht  
abstreiten. Die Ergebnisse aus der Erbkaßsteuer  
könnten aber noch erheblich vermehrt  
und verstärkt werden. Einerseits könnte man schon  
innerhalb des Rahmens der Vorlagen die Grundbesitze ganz  
auf etwas höher normieren. Wenn wir nach Frankreich  
sehen... so werden dort Geschwinder belastet mit 8, 5 bis  
14 Prozent der Erbkaß; in der Vorlage sollen die Ge-  
schwinder nur belastet werden mit 4 bis 5 Prozent, also etwas  
mehr als die Hälfte der Sätze, die in Frankreich geltend  
haben!

Der Sped kam dann auf die Anregung seines fraktions-  
kollegen Freisen zu sprechen, die Besteuerung auf Erbgatten und  
Kinder auszudehnen, und kam dabei trotz allerhand „Bedenken“  
doch zu diesem Ergebnis:

... ich sage mir, wenn Not an Mann ist, wenn es uns  
geht, die indirekten Steuern erheblich herabzusetzen, und  
wir vor der Notwendigkeit stehen, Ertrag schaffend zu müssen,  
dann müssen wir auch an die Verdrängenden  
Besteuerung herantreten, aber dann nur unter  
Gerangierung der ganz großen Vermögen.

Drei Jahre später beantragt die Regierung eine sehr be-  
schränkte Besteuerung der „ganz großen Vermögen“, und was  
tut die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht? Sie schlägt  
sich zur Partei des Herrn v. Odenburg, die dem Parlament  
des allgemeinen Wahlrechts nicht gestatten will, das Vor-  
monarchie der Verdrängenden anzufassen! Sie übertrumpft als  
rücksichtslose Schutztruppe des Geldloß, des Großgrundbesitzes  
und des Großkapitals, Antisemiten, Reichspartei, Nationallibe-  
rale und Freisinnige!

## Der Herr Landrat.

Die ganze Dienstagssitzung des preussischen Drei-  
Männer-Ausschusses wurde mit einer eingehenden Besprechung  
der landräulichen Praktiken und Uebergriffe ausgefüllt. Obwohl  
von dem Genossen Borgmann als auch von den Rednern des  
Zentrums und der Polen wurde ein langes Sündenregister auf-  
gerollt, das aber nur einen bloßen Wüßhans der reinen  
Wirklichkeit darstellte. Systematisch werden von den Landräuten,  
die sich als ausführende Organe der konservativen Partei füh-  
len, die oppositionellen Parteien drangalziert. Neu war, was  
der Pole Dr. Senda mittelste, daß sich Beamte auch zu  
Epithetentzügen gegen die politischen Vereine hergeben. Die  
Charakterisierung, die er diesem Gebahren zuteil werden ließ,  
lautete: Amoralisch, unentständig und christlos zugleich.



## Oesterreich-Ungarn.

### Risiko bekannt.

Wien, 2. März. In hiesiger zuständiger Stelle wird berichtet, daß bisher noch keinerlei offizielle Erklärung der serbischen Regierung eingegangen ist, wonach sie auf territoriale Kompensationen verzichtet.

## Schweiz.

### Eine deutsche Antwort.

Die Zustände in Bülach haben sich immer mehr so, die Arbeiterkassell ist aufs höchste aufgebracht über den brutalen Lieberhaberfall der Streikposten durch die „schweizerischen Reute“ unter Führung der Polizei. Eine Versammlung, die daraufhin in „Reicholom“ abgehalten wurde, war von Tausenden besucht, obgleich sie zu ungenügender Zeit stattfand. Es referierten G. H. Müller vom Volksparteiverband, ferner Dr. Schöberl und Grulich. Eine Resolution des Vorsitzenden, in der ein Ultimatum an den Stadtrat wegen des Streikpostenvertrages gerichtet war, wurde von der Versammlung abgelehnt. „Nicht so viel Resolutionen, mehr Resolutions!“ rief man. Mehr als ein Redner forderten unter lauten Beifall der Menge offen die bewaffnete Gegenwehr, und nur mit Mühe gelang es den Besonnenen, die aufgeregten Massen einigermaßen zu beschwichtigen.

## Bulgarien.

### Kein Attentat.

Sofia, 2. März. In hiesigen amtlichen Stellen sind bisher keine Informationen eingetroffen, die das Weichen eines Komplotts gegen Kaiser Ferdinand bestätigen. Man glaubt daher, daß die dahin gehenden bulgarischen Nachrichten auf Lieberhaber der serbischen Polizei zurückzuführen und übertrieben, oder tendenziös verbreitet seien.

## England.

### Die Flottenpläne und die Siberalen.

In Peamington trat dieser Tage die Nationalflottenratssitzung zu einer Besprechung zusammen. Sie hat die weitestgehenden Flottenkaupläne abgelehnt und sich für möglichste Sparmaßnahmen bei den Ausgaben für die Marine ausgesprochen. Dem Lande sei keinerlei Nachweis erbracht von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Flottenausgaben. Die Konferenz sprach sich ferner für ein Festhalten am Freihandel aus und für weiteren Ausbau der Sozialreform.

Es ist zurecht in England nicht ganz leicht, sich gegen die vermeintliche Klüftung zur See zu erklären. Trotz der Reise Eduards VII. und des günstigen Einflusses desselben auf die öffentliche Meinung, bleibt bei einem großen Teile der Bevölkerung die Auffassung bestehen, die englische Flotte müsse den drei Mächte-Standard unbedingt aufrecht erhalten, d. h. mindestens so stark sein, wie die Marine zweier Großmächte zusammen. Jede Neuerrichtung zur See, namentlich Deutschlands, sucht deswegen England stets durch weitere Schiffbauten zu paralisieren. Da Deutschland jetzt seine Schiffbauten zu beschleunigen sucht, ist bekanntlich auch in England die Klüftung von sehr neuem „Dreadnoughts“ geplant. Bisher hatte sich nur die Arbeiterpartei mit Entschiedenheit dagegen ausgesprochen. Sechs solcher großer Schlachtschiffe sollten dies Jahr, sechs weitere nächstes Jahr in Bau genommen werden.

Obgleich das offizielle Deutschland mehr als genug dazu beigetragen hat, das Mißtrauen bei den Engländern zu fördern, so läge in Wirklichkeit für England doch kein Grund vor, dieses Mißtrauen mitzumachen, auch dort bemühen sich allerhand Chauvinisten und Geschäftspolitiker und deren Presse, die patriotische Glut zu schüren. Diese suchen immer wieder die Gefahr einer deutschen Invasion an die Wand zu malen. Man hat den sogenannten „Gefahrpunkt“ konstruiert, der Anfang 1912 eintreten soll, wenn Deutschland seinen jetzigen Schiffbau zum größten Teil beendet hat.

Der Streit geht in England jetzt darum, ob in diesem und im nächsten Jahre je sechs oder vier je vier Dreadnoughts gebaut werden sollen. Schon bei vier würde England Ende 1912 bei 13 großen Schlachtschiffen Deutschlands 22 seiner Flotte entgegen zu stellen haben. Dazu kommen aber noch 13 andere Schlachtschiffe und Kreuzer, so daß die englische Flotte zwei bis drei anderen Seemächten Stand halten könnte. Außerdem weicht man in England ganz genau, daß ihr finanziell an der Grenze unserer Zeitungslosigkeit angelangt sind, zumal die jetzigen Preise, die für all diese maßhaltigen Klüftungen eintreten, nichts dafür aufbringen mögen.

Aber es wäre vergeblich, zu hoffen, daß die deutschen Flottenenthusiasten und die Regierung aus diesen Umständen die einzig richtige Lehre ziehen und sich zur Zurückhaltung geneigt zeigen, wie es die englische bereits getan hat. Die englische Regierung wird im Parlament nur die möglichen Forderungen vertreten. In Deutschland ist es, alles zu vermeiden, das geeignet ist, Mißtrauen von neuem zu wecken und die englischen Flottenschwärmer zu härten.

## Amerika.

### Verunglückte Kampagne.

Washington, 2. März. Die Untersuchung des Senats gegen Roosevelt, weil er während der Finanzpanik des Jahres 1907 die Angriffe der Zement- und Eisen-Company durch den Staatsbankrott zuließ, ist ins Wasser gefallen, und damit hat

auch der große-Roggenfeldzug gegen Roosevelt ein unruhiges Ende gefunden. — Das war vorauszusetzen, daß der Staatstruß Sieger bleiben würde.

## Indien.

### Im Kampfe mit britischen Truppen.

Kalkutta, 2. März. An der Nordwestgrenze und im Distrikt Kohat ist eine Schaar feindseliger Führer von britischen Truppen überdrückt worden. Auf der Seite des Feindes wurden 11 Mann getötet, einer gefangen genommen. Die Briten hatten einen Toten und drei Verwundete.

## Parteinachrichten.

Die Spaltung in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands. Infolge des Parteischlusses Deventer hat Genosse Henri Polak sein Amt als Vorsitzender des Verbandes der Gewerkschaften Hollands niedergelegt. Polak steht an der Seite der Marxisten und erscheint ihm ein Zusammenwirken mit der sozialdemokratischen Kammerfraktion nicht möglich. Polak ist ebenfalls aus dem Verwalteramt des „Het Volk“ ausgeschieden. Der Parteivorstand hat in seiner am Sonnabend abgehaltenen Versammlung bereits Jan A. van Zijlpen, Schriftführer des Diamantarbeiterverbandes, an Polaks Stelle ernannt.

In derselben Versammlung hatte der Parteivorstand eine Besprechung mit dem Vorstand der Abteilung Utrecht, die dahin führte, daß die Kandidatur zur Zweiten Kammer für Utrecht II, des bereits auf dem Deventer Parteitag sofort aus der S. D. A. P. getretenen Genossen Mendels von Partei wegen zurückgewiesen wurde; ebenso dessen Kandidaturen in anderen Wahlkreisen. Lieberweis war der Parteivorstand der Ansicht, daß Mendels keine Stütze im Utrecht Gemeinderat und in den Provinzialstaaten von Utrecht zur Verfügung der Partei stellen mußte. (Wie „Het Volk“ meldet, hat Mendels diesen Schritt bereits getan und zwar infolge eines ihm beleidigenden Artikels im Utrecht Wochenblatt der S. D. A. P.)

Der Parteivorstand der S. D. A. P. wird als Wahl-Vollversammlung für die im Sommer stattfindende Wahl zur Zweiten Kammer den 10. April stattfinden den ordentlichen Parteitag vorziehen.

Allgemeines Wahlrecht, Staatspension, Jehntundentag, Erweiterung der Unfallversicherung und Wohnungsfrage.

Das auf dem Deventer Parteitag beschlossene Wochenblatt von „Het Volk“ soll einem Beschlusse des Parteivorstandes zufolge am 1. April zum ersten Male erscheinen.

Wegen angeblicher Mißhandlung wurde Gen. Wolff von der Westsaler „Volkswehr“ nach einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung wurde darin gefunden, daß unter Parteiblatte unter der Überschrift: „Die weissen Richter von Heiligenberg“ den Vorfall eines Urteils des Heiligenberger Schöffengerichts veröffentlicht hatte, durch welches ein Verhandlungsleiter wegen Nichtanmeldung einer Gewerkschaftsverammlung zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt worden war.

Warnung. Joseph Zohn, nach seiner Angabe Strider aus Loh, hat unter Verletzung eines gestifteten Empfehlungsbriefes einer polnischen Parteiorganisation holländischen Parteigenossen aufgeleitet und wegen Unterdrückung angeprochen. Er führt auch ein ohne Zweifel gefälschtes Empfehlungs schreiben der Zehlfelder des Zweierverbandes zu Grundens bei sich. Zohn ist ein junger bartloser Mann von schwach mittelgroßer Statur, er hat blondes Haar und braune Augen. Wie warnten die Parteigenossen vor diesem Manne.

## Vom Kampf um die Rente.

G. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, wie schwierig es für die Verletzten und Rentennempfänger und deren Hinterbliebenen ist, den Kampf um die Rente erfolgreich auszuführen. Dabei haben wir auch schon einmal auf das Verfahren vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Merseburg hinweisen müssen. Wennschon fungierten dort schon seit längerer Zeit zwei von den Vertrauensräten des Schiedsgerichts gleichzeitig auch als Vertrauensräte der Berufsvereinigungen. Das ist durchaus nicht zum Vorteil der Verletzten. Vor kurzem sind nun die beiden Vorsitzenden des Schiedsgerichts, die Regierungsräte Lucze und von Ulrich, verlegt worden. An deren Stelle sind die Regierungsräte von Fischer und Hertel getreten. Seit dem Amtsantritt dieser Herren scheint nun ein ganz anderes Verfahren Platz greifen zu sollen.

Nach der Verordnung betr. das Verfahren vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung vom 22. November 1900, § 13, erfolgt die mündliche Verhandlung über eingeleitete Verurteilungen in öffentlicher Sitzung. Die Beratung und Beschlußfassung dagegen soll nach § 10 Absatz 2 in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden. Die Herren von Fischer und Hertel scheinen sich hieran aber gar nicht halten zu wollen, denn während der Beratung und Beschlußfassung, also während der Urteilsfällung, können sowohl die Kläger wie die Vertreter der Berufsvereinigungen usw. in dem Sitzungselb. Beratungszimmer bleiben, so kann sich die Beweisnahme über eine Sache geschlossen, als auch schon wieder die nächsten Parteien eintreten. Daraus ergibt sich dann die Beratung und Beschlußfassung, also die Urteilsfällung,

hat, außerdem ist, wo erforderlich, der Arzt mit tätig und nimmt Unternehmungen im Sitzungszimmer vor und die Verletzten sitzen häufig noch halbnackt da, wenn die nächsten Parteien schon wieder eintreten. In verlegte Frauen hat man schon im Verhandlungszimmer wollen entkleiden lassen, damit der Arzt dort die Unternehmung hätte vornehmen können. Das ganze wurde jedoch von einem Parteimitglied energisch protestiert. Angebracht würde es sein, wenn sich dort Keenen vom Benutzen oder sonstige Unkeuschheit, die schon an einem nackten Rücken in Schaulustern von Buchholdungen Anstoß nehmen, einmal das gleiche Verfahren vor dem Merseburger Schiedsgericht ansetzen wollten. Energie muß hier verlangt werden, daß die ärztlichen Unternehmungen der Verletzten, namentlich aber der weiblichen, in einem Besonderen Zimmer vorgenommen werden. Auch hat sich das Gericht zur Beratung entweder zurückzusiehen oder es muß die Parteien während dieser Zeit abtreten lassen. Auf keinen Fall aber dürfen die Vertreter der Berufsvereinigungen während der Urteilsfällung zugegen sein.

Weiter ist nun noch darauf hinzuweisen, daß an einem Sitzungstage in der Regel 25—30 Fälle erledigt werden. Die Verhandlungen werden nun mit solcher Eile zu Ende geführt, denn in 2½—3 Stunden, höchstens aber in 4 Stunden sind sämtliche Fälle einschließlich der vorgenommenen ärztlichen Unternehmungen erledigt. Da die Hälfte der Verfeiger in Merseburg resp. 10 Kilometer im Umkreise wohnen, so nehmen wir nicht an, daß hier fiskalische Interessen eine Rolle mit spielen, indem man die Merseburger Verfeiger in den Fällen, wo die Verhandlungen von 12 Uhr zu Ende sind, dann etwa die Wägen nur für einen halben Tag geben will. Oder sollte dies doch der Fall sein? Dann haben sich die Verfeiger auch dagegen zu wehren, denn gerade im Galopp soll doch nicht über das Wohl und Wehe der Verletzten resp. der Hinterbliebenen verhandelt werden dürfen. Sehen wir uns nun einmal das Resultat der letzten Sitzungen des Merseburger Schiedsgerichts an:

Termin am 22. Januar. Dauer der Verhandlungen: 9—11 Uhr. Refutal: Von 29 Fällen hatten 10 Erfolge, bei 6 wurde die Rente gestürzt und 13 wurden gänzlich abgewiesen. Termin am 17. Februar. Dauer der Verhandlungen: 9—12 Uhr. Refutal: Von 25 Fällen hatten 4 Erfolge, 3 wurden dem Krankenhauste überwiegen und 18 gänzlich abgewiesen. Termin am 20. Februar. Dauer der Verhandlungen: 9¼—11 Uhr. Refutal: Von 30 Fällen hatten 4 Erfolge, 6 wurden bestatigt zurückgestellt, gänzlich abgewiesen 20. Termin am 27. Januar. Dauer der Verhandlungen: 9¼—11 Uhr 50 Minuten. Von 27 Fällen hatten 12 Erfolge, bei 15 fand eine Kürzung der Rente resp. gänzliche Abweisung statt.

Unter den vielen in den Verhandlungen vorgebrachten Klagen und Beschwerden der Verletzten soll eine mit demerkst werden, inwieweit ein Leipziger Arzt es als ein „sozialdemokratisches Joke“ bezeichnet hatte, möglichst hohe Renten zu verlangen. Der Mann scheint also die armen Verletzten noch um die lumpigen Renten zu beneiden.

Zum Schluß soll nun noch darauf hingewiesen werden, daß einem Verfeiger auf Vorhalt erklärt wurde, daß die Regierungsräte (gemeint sind hier wohl die Schiedsgerichtsvorsitzenden) seien eingemeldet zusammen gekommen seien und daß von denselben noch niemand an dem jetzt in Merseburg eingeführten Verfahren Anstoß genommen habe. Allerdings meinte der Herr, könne man ja spezielle Fälle, die sich für die öffentliche Beratung resp. Beschlußfassung nicht eignen, geheim behandeln. Nachdem ließ er die Verfeiger abstimmen und mit Majorität entschied man sich dafür, auch während der Beratung und Beschlußfassung die Öffentlichkeit nicht auszuschließen. Dagegen ist zu protestieren! Wir verlangen — um nicht mißverstanden zu werden — daß die eigentliche Verhandlung in voller Öffentlichkeit stattfinden, die Beratung des Gerichts, ebenso haben die ärztlichen Unternehmungen in einem Besonderen Zimmer zu geschehen und zum Schluß sollen in 3—4 Stunden höchstens 12—16 Fälle verhandelt werden.

## Gerichtssaal.

### Schöffengericht.

Künstlers Erdbeben. Ein junger Walter hatte im Februar hier in der Notlage selbstangewirkte Anstaltsarbeiten verkauft und war dann von der Polizei eingekerkert worden, weil er ohne Genehmigung gehandelt hätte. Der Anwalt beantragte die Zahlung der doppelten Gemeindefsteuer von 24 M. und die Einziehung der Anstaltsarbeiten. Das Gericht erklärte jedoch die Einziehung der Kosten für unzulässig und erklärte die Strafe durch die erlassene Haft für verbüßt.

Wegen Unterdrückung. Man ein junger Kaufmann von hier anklagt. Er hatte in einem hiesigen Arbeiterverein 700 M. veruntrent, die ihm als Lohn zum Auszahlen der Beimarbeiter anvertraut waren. Der Angeklagte einigte sich auch Gelder aus der Invalidenmarkenliste an und hinterlegte das Geld durch förmliche Abrechnungen. Er räumte seine Verurteilungen ein und wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Verantwortlich für Beitragsel, Politische Lieberheit und Partei nachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Familien und Vermittlungs Karl Bod, für Lokales Otto Fiebus, für Provinzial und Verammlungsberichte Walter Leopold, sämtlich in Halle.

## Die durch

# Rauchschaaden

gelittenen und unansehnlich gewordenen Waren gelangen zu

weit herabgesetzten Extra-Preisen zum Verkauf.

Die letzten Tage.

# Geschäftshaus J. LEWIN,

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

**Merken Sie auf!**  
Extra billiges Angebot  
eigener lothrer Arbeit und in guter  
Vollst. und Holz:  
6 St. Muschel-Vertikows à 67 M.  
7 St. Muschel-Schränke à 67 M.  
fontainer Press 75 M. (font.)  
Nur solange Vorrat da ist.  
Gebr. Kroppenstedt, Gr. Ulrichstr. 4.  
Ich empfehle:

2 Pfd.-Dose Braunkohl 35 Pf.  
2 Pfd.-Dose Junge Kohlrabi 35 Pf.  
2 Pfd.-Dose Junge Erbsen 45 Pf.  
2 Pfd.-Dose Brechspargel 70 Pf.  
ohne Zwiebel, lange Abstände.  
A. Trautwein, Gr. Ulrichstr. 31  
Mitglied des Rab.-Spar-Vereins.

**Konfirmations-Geschenke**  
Setzen, Ringe, Brochen,  
Krembänder, Colliers etc.  
Prima Fabrikate, aparte Muster.  
Goldschmied Klitz,  
Gr. Ulrichstr. 11.

**Eroprobtes Hustenmittel**  
ist mein selbstgeherbter, schwacher  
**Johannisbeersaft.**  
Karl Krütgen,  
Universal-Präparat.  
Werbepatentbesitzer.

**Zeit. Zeit.**  
**Arno Schneider & Co.,**  
Schillerstr. 4. Schillerstr. 4.  
**Rübel-Tischlerei.**  
Saar in:  
Schränken, Vertikows, Spiegel,  
Coffas, Bettstellen u. Matrassen.  
— Eigene Polster-Werkstatt. —  
**Sohlleder-Ausschnitt,**  
Schuhmacher-Artikel.  
**F. Koab, Gr. Klausstr. 7.**

**Die Neue Zeit.**

**Wochenschrift**  
der deutschen Sozialdemokratie.  
Es sollte niemand versäumen,  
auf **Die Neue Zeit** zu abon-  
nieren.

**Vierteljahrs-Abonnement**  
3.25 Pf. Einzel-Nr. 25 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen  
alle Ausruher und die  
**Volks-Buchhandlung,**  
Hatz 42/43.

Immer und immer wieder  
braucht man bei **Schuppen,**  
**Haarwunden, Hautkrankheiten**  
natürliche, billige, aber  
all eingeführte Haarwasser  
**Bendeleiner Häusner's**  
**Brennessel-Spiritus**  
à Fl. 75 Pf., 1.50 u. 3. — "R.  
all. ächt mit „Bendeleiner Strich“!  
Alumina-Seife 40 Stk., Alumina-  
Milch à 1.50, Brennselfe-  
Quartl. 20 Stk., Pomade  
1. — Alpenblumenome-  
grosfen-Creme 20 Stk.  
Nachabmungen sind **schleunigst**  
zurückzuweisen! In Apotheken,  
Drogerien und Parfümerien.  
Zu haben: Engel u. Bachhof-  
Apothek., Drogerie H. Stütz Nachf.,  
A. Schiller Nachf., O. Oswald Nachf.,  
M. Rädler, M. Waltsott Nachf.,  
Helmhold & Co., Hugo Schulze,  
H. Pfuhl, G. Kuhn, F. A. Patz,  
A. Steinbach, W. Höfer, O. Friedler,  
E. Jantsch, E. Fischer, Bentz,  
Drogerie G. Baumartz, G. W. Berndt,  
W. Eder, H. Gwartzsch, E. Walter,  
Schmanner — Drogerie W. Weiss,  
W. Eder in Zeuthenthal.

**Rheumatis-**  
**u. Gicht-Leidenden**  
teile ich aus Dankbarkeit un-  
sonst mit, was meiner lieben  
Mutter nach jahrelangem qual-  
vollen Gichtleiden geholfen hat.  
**Frn. Marie Grünauer,**  
Wüdingen, Bismarckstr. 21/II.  
**Achtung!** Für Bibliotheken:  
Lumbardehalter, deutsche billig-  
geordnete und wissenschaftliche  
Bücher etc. Käufers durch  
O. Schmidt, Volksbuchhandlung,  
Weissenfels.

Bis Ende März muss  
das Schuhwaren-Lager Hans Sachs, Grosse Ulrichstrasse 32,  
geräumt sein.  
**Konfirmanden-Stiefel, sonst 7.50, jetzt Mk. 5<sup>75</sup>**

**Lumpen, Anker, Papier, Eisen**  
Bretter, Relaks, Gummi laust  
Albert Bode jun., Gr. Klausstr. 22.  
Jeden Donnerstag  
**Schneiderei**  
F. Mann,  
Bereitsch. 18, Tel. 1686.  
Worg. Donnerstag Schlichtfest  
Albert Dahler, Zeit. Barstr.  
Zeit. Freitag Schlichtfest  
H. Richter, Schenkerstr.

**Weissenfels!**

Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr im „Volkshaus“  
**öffentl. Protest-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. „Die Stellung der Parteien im Reichstage zur Tabaksteuervorlage.“  
2. Freie Diskussion.  
Zu dieser Versammlung ist der Reichstagsabg. Herr Paul Sommer durch eingeschriebenen Brief eingeladen.  
Das Gewerkschafts-Kartell. Der Parteivorstand.

Walter  
**Trolle**  
Canenaerweg 1 Fernruf 1439  
**Briketts** frei Glasa 65 Pf.  
ab Lager 58 Pf.  
nur gute und heizkräftige Ware  
syndikatsfrei.

**Stadt-Theater**  
in Halle a. S.  
Direktion: Hofrat W. Richards.  
Donnerstag den 4. März 1909:  
163. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.  
Zum 4. Male:  
**La femme X...**  
(Die fremde Frau).  
Schauspiel in 4 Akten  
von Alexandre Dumas.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Freitag den 5. März 1909:  
Anfang 7 Uhr.  
Sonder-Vorstellung bei vollstän-  
dig aufgehobenem Abonnement.  
Benefiz Eduard Moriko.  
Einmaliges Gastspiel d. Heldent-  
tenors Karl Kurz-Stolzberg  
von der Wiener Soloper.  
**Tristan und Isolde.**  
Saublung in 3 Aufzügen  
von Richard Wagner.

**Leiterwagen**  
von Mk. 2.25 bis Mk. 25.00  
mit starken Rädern und Buchsen,  
kauft man am besten bei  
**M. Bär, Gr. Ulrichstr. 34.**

**NISSA.**  
Donnerstag den 4. März u. Son-  
ntag den 7. März halte meinen  
**Oertenschmaus**  
wogu freimüthig einladet  
**Oskar Kamprad.**

**Zeit.**  
**Deutsche Reichshalle.**  
Morgen Donnerstag  
**Skattag.**

**Papier- u. Pappenabfälle**  
taufen jeden Boten  
H. Braunhausstr. 20.

Wer Stellung sucht be-  
lange die „Deutsche Va-  
kanzenpost“ Esslingen 156.

**Apollo-Theater**  
Direktion: Gustav Poller.  
Das neue glänzende Spezialitäten-Programm.  
Hierauf folgen: III. grosse Internationale  
**Ringkampf-Konkurrenz**  
um den „Preis von Halle“ mit **Mk. 3000** in bar.  
Heute, Mittwoh., den 3. März, ringen:  
**Petroff** gegen **Aitmann**  
Bulgarien. Berlin.  
**De Wolf** gegen **Randolfi**  
Belgien. Oestreich.  
**Schulz** gegen **Kutusoff**  
Schweben. Rußland.  
**Lundgreen** gegen **Urbach**  
Schweben. Rheinland.  
Die Kämpfe dauern unwiderst. nur bis 15. März 1909.

**Haushaltungsbücher**  
für alle Tage des Jahres,  
für jede Familie und einzelne Personen passend.  
Preis 60 Pf. und 1 M.  
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung, Hatz 42/43.**

**Jimmalin**  
**Beste Schutzputz**  
Vertreter für Halle a. S.: Kurt Pille, Rannischesstr. 12.

**Stedten! Stedten!**  
Begen Umbau verkaufe ich, um Platz zu schaffen, von  
Freitag, den 5. März, bis auf Weiteres:  
Einem grossen Posten  
**Herren-, Knaben- und Kinder-Anzüge,**  
**Barchenthemden, Schürzen, Tücher und**  
**Shawls, Flanell- u. wollene Damen- u.**  
**Mädchenröcke, Filzschuhe u. Pantoffeln**  
zu den denkbar billigsten Preisen.  
Man versäume nicht, dieses Angebot wahrzunehmen.  
**C. Degenkolbe.**  
Fernruf No. 30.

**Verb. d. Fabrikarbeiter Dtschl.**  
**Mitglieder-Versammlungen.**  
**Distrikt Bruckdorf:** Donnerstag, den 4. März,  
abds. 8 Uhr beim Schutzwirt  
Mätscher in Canena. T. D. 1. Die örtlichen u. die D. D.  
Gewerkschaften. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Bericht über  
Sonntag, den 7. März.  
**Distrikt Amendorf:** nachm. 3 Uhr im „Burg-  
schloß“. T. D.: 1. Berichterstattung vom Rühl- u. Vortag.  
2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Bericht über  
Um zahlreiches Erscheinen bitten **Die Orts-Vorwaltung.**

**Gewerkschafts-Kartell Zeit.**  
Freitag, den 5. März abends 8 1/2 Uhr bei Heßtrich  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Die diesjährige Kartell-Konferenz  
in Weissenfels. 2. Anträge dazu. 3. Eingänge und Bericht über  
Der Vorstand.

**Achtung! Achtung!**  
**Kayna.**

Sonntag den 7. März nachm. 3 Uhr im „Weißen Hof“  
**Zahlstellen-Versammlung der Bergarbeiter.**  
Bezugsleiter Weikart wird über die bevorstehende 18. Generals-  
Versammlung sprechen.  
Wichtig! aller Kameraden ist es, in dieser Versammlung zu  
er erscheinen. **Die Orts-Vorwaltung.**

**Freie Turnerschaft Zeit. u. Umg.**  
Abteilung Zeit.  
Sonnabend d. 6. März 1909 im Saale des Preussischen Hofes  
**Abend-Unterhaltung**  
bestehend in  
humorist. u. turnerischen Aufführungen u. Ball.  
Hierzu laden wir die Turngenossen, sowie Freunde u. Gönner  
des Vereins ergebenst ein. **Der Turnrat.**  
Anfang 8 Uhr. Ende 8 Uhr.  
Ohne Karte kein Zutritt.

**Ständesamml. Nachrichten.**  
Stutta (Moggen) und Bodfr. 14).  
Mechaniker Lebring und Eise  
Buthof (Reitstr. 128 u. Gabels-  
bergstr. 82). Feldwebel Schade  
und Eise (Reitstr. 128  
und Gabelsbergstr. 129).  
**Gewerben:** Hausmann Buch-  
hola, 84 F. (Reitstr. 129). Bier-  
fahrers Glanzenberg S., Lützch  
(Mühlweg 30).

**Ständesamml. Weissenfels.**  
Som 21. Februar bis 27. Februar  
**Gewerben:** Zimmermann Müller  
S. Antreiterer Düwe S. Schuh-  
macher Dorat S. Fleischer  
Bach S. Hüttenberg Stein-  
S. Arbeiter Friedl S. Arbeiter  
Kirchhof T. Schuhmacher Dreißel  
T. Arbeiter Scheiler T. Klemp-  
ner Schulte T. Arbeiter Völ-  
T. Kalkenwärter Sünkel T.  
Schmid Schmidt T. Kaufmann  
Dreher T. Arbeiter Bauer T.  
Waltze-Sergant Welter T.  
**Gewerkschaften:** Zweiter Ver-  
steiner u. Helene Hoffmann. Ab-  
Meiner und Martha Schneider  
Gehilfenvereiner Verein u. Mann  
Grenob (Grenzstr.).  
**Gewerben:** Eise Werner, 63 F.  
Meiner Wieth, 78 F. Wilhelm  
Rinf 1 Mon. Blumenbinder  
Schienmann, 56 F. Wachs (Hatz  
6 F. Glatzstr. a. D. Jacob, 77  
F. Hildbrandstr. 13 F. Hien-  
bahn-Wilhelm Koch, 61 F. Weiler  
meiter Sulze, 70 F. Arno Dier-  
mer 10 F. Anes Teichmüller, 40 F.  
Fuhrwerkbesitzer Brauer, 56 F.  
Bureaugelhilfe Bauer, 22 F. S.

## Die Landratspolitik.

Preussisches Dreiklassenhaus.

43. Sitzung, Dienstag, den 2. März, vormittags 11 Uhr.

Die zweite Lesung des

Entsch. des Ministeriums des Innern

mit fortgesetzt.  
Abg. v. d. Hagen (Zentr.): Der Entwurf des Landrats geht weit über das zulässige Maß hinaus. Im Westen üben die Gemeindefunktionen bei den Wahlen zu den Kreisrägen aus. Der Landrat in West hat den Gemeinden Repressalien angedroht, bei denen anlässlich der letzten Landtagswahlen genau ist geklärt worden. (Hört, hört links u. l. Zentr.) Einen Witterungsbesitzer im Kreise Rissa hat der Landrat aufgeführt, alle seine Ehrenämter niederzulegen, da er den Kandidaten des Zentrums und der Polen gewählt habe. (Lautes Rört, hört l. Zentr.) Die Landräte sollten sich aller politischen Betätigung enthalten. (Beifall links u. l. Zentr.)  
Abg. Dr. Schöberl (Recht): Der wahre Zweck der Legitimationskarten ist der Streikbrecher zu gewinnen. (Sehr richtig! links.) Man macht sich diese Arbeiter mit der Androhung der Ausweisung gefügig. Man führen müssen meine Landstände über die zahllosen Wahlvereinsfunktionen politischer Wähler durch die Landräte und durch die jetzige Wahlkreisgeometrie, die gerade darauf angeht, die Polen zu schädigen. (Sehr richtig! h. d. Pol.) Der Minister hat geteilt befürchten, dass Polzeipolizei Provokationen vornehmen. Ich kann beweisen das.

### Wann die politischen Polizei Provokationen

nicht nur unter hilfsweniger Duldung ihrer vorgetragenen Schöbe vorgenommen haben, sondern auf ausdrückliche Anordnung derselben. (Leb. Hört, hört h. d. Pol. und Soz.) In einem Prozesse in Göttinge ist durch Regierungsausschuss festgestellt worden, dass ein gewisser Herr von der Polen zuerst politische Ader gebot hat und daß er dann der Staatsanwaltschaft Anzeige davon gemacht hat, daß dieser Verein nationalpolitische Ziele verfolgte. (Leb. Hört, hört h. d. Pol. u. Soz.) Die Staatsanwaltschaft hat auch Anzeige erhoben und es sind hohe Gefängnisstrafen verhängt worden. (Leb. Hört, hört h. d. Pol. u. Soz.) In einem Falle sind Vereinsmitglieder bestraft worden, weil sie staatsgefährliche Lieber gelungen haben. Woher hatte aber dieser Verein diese Lieber?

### Von demselben Mittel Piccones!

(Leb. Hört, hört h. d. Soz. u. Polen.) Weiter hat der Landrat im Kreise Zabrze die Amtsvorstände angewiesen, bei den Werten dahin zu wirken, daß sie den Lokalvereinen ihre Hilfe entziehen. (Hört, hört h. d. Soz. u. Polen.) So treiben die Beamten neben politischen Bestrebungen auch noch Sozialattributionen. Kommt es zu einem Prozeß, dann wird den Polizeikommissaren die Genehmigung zur Aussage verweigert. (Abg. Hoffmann ruf: Ganz wie bei uns! - Zeiterfeit.) Welche Stellung nimmt der Minister zu diesen allemäßig en Zafachen ein? Söll er seine Verantwortung recht, daß die Polizei nicht provokieren? Der Minister hat gestern die Polizeipolitik verteidigt und ist damit sogar weiter gegangen, wie die Redner der Rechten. Diese haben gesagt, sie verdammen zwar das Polizeipolitik, aber sie plädierten für mildere Umstände. (Zeiterfeit und Sehr gut! links.) Der Grundgedanke aber, den der Minister proklamiert hat, lautet:

### Der Zweck heißt die Mittel!

(Unruhe rechts. Sehr richtig! h. d. Polen u. Soz.) Nach der geistlichen Rede des Herrn, weil die Beamten, die sich zu diesem Zweck als Spielzeug für künftig noch viel mehr bei uns bereit macht als bisher. (Sehr richtig! h. d. Soz. und Polen.) Bei uns handelt es sich nicht einmal um öffentliche Umzüge, sondern um Vereine, die politisch annehmbar sind und zu denen die Polizei Zutritt hat. Wenn trotzdem eine Spielzeug dieser Vereine erfolgt, so ist das

### unerhört, unanständig und ehrlos!

(Stimmrichter Beifall h. d. Polen Soz.) Ich lege Wert auf das Wort „ehrlos“, weil die Beamten, die sich zu diesen Spielereien hergeben, hohe militärische Chargen bekleiden. Ich weiß nicht, wie ihre Handlungsweise sich mit dem Begriff von Offizierschere verträgt. (Sehr gut! h. d. Soz. u. Polen.) Der Minister hat gestern erklärt, wenn ihm Provokationen bekannt würden, würde er mit den stärksten Mitteln gegen die betreffenden Beamten vorgehen. (Hört, hört h. d. Pol. u. Soz.) Ist der Minister bereit, das nunmehr zu tun, nachdem ich ihm die Namen der betreffenden Beamten genannt habe? Wir können nicht Vertrauen zu solchen Beamten haben, die in dieser Weise uns belächeln. (Sehr richtig! h. d. Soz. u. Polen.) Wenn nicht bald Beförderung eintritt, dann sind wir bestenfalls gezwungen zu resignieren. (Sehr richtig! h. d. Pol. u. Soz.)

Unterstaatssekretär Polz: Die Sozialvereine arbeiten auf die Wiedererrichtung des polnischen Königreichs hin. Das ist offen in Reden auf Sozialtagungen zum Ausdruck gebracht worden. (Hört, hört links.) Wenn man die letzten Maßnahmen ergreifen müssen, so sind diejenigen schuld daran, die in unserm Zuge launlos Oberflächlich politische Aspirationen hineingetragen haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Verantwortung fällt auf die zurück, die unsere alten guten preussischen Traditionen, die in Deutschland in Geltung waren, beseitigen wollen. (Stimmrichter Beifall rechts. Unruhe im Zentr. Lachen h. d. Polen.)

Abg. Dr. v. d. Eichenburg (Zentr.) befaßt sich über den Lurus, der mit den Kreisbehörden getrieben wird. Vizepräsident Dr. v. Forst: Der Abg. Dr. v. Eichenburg hat ganz ausdrücklich mit Bezug auf die Polizei in Oberdeutschland gegen die Handlungsweise als unanständig, unanständig und ehrlos. Das ist durchaus unzulässig und ich rufe Dr. v. Eichenburg wegen der Ordnung. (Abwobl! rechts.)

Abg. Dr. v. Eichen (Zentr.): Das ist, Abg. Reichard und von v. Wadnig (Zentr. links; Wadnig: Zentr. u. l. Zentr.) „von“ kommt nicht. (Zeiterfeit) gestern an Material über Eingriffe der Landräte in die kommunale Selbstverwaltung vorgetragen haben, ist von der Regierung bisher nicht widerlegt worden. (Sehr richtig! links.) Nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen die Anhänger des Zentrums gehen die Landräte mit Schikanierungen vor. Das haben wir gerade in den gegenwärtigen Zeiten für bedenklich, wo die Zentrumspartei im Erfolg bemüht ist, durch eine vermehrte Vertretung im Reichstag her auszufahren. (Stimmrichter Beifall rechts.)

### Abg. v. d. Hagen (Soz.):

Als das Reichsvereinsgesetz verabschiedet wurde, haben wir sofort die Verfassung ausprobiert, daß es die niederträchtigen Schikanen der Polizei nicht aufheben würde. Wir haben Recht behalten, und diejenigen, die auf einem anderen Wege trachten haben, ihre Rechnung ohne die Landräte gemacht. (Sehr richtig! links.)

Präsident v. Krüger: Sie verfallen in die allgemeine Debatte. Hier ist nur von den Landräten die Rede. Sie können hier von dem freuden, was die Landräte etwa verbrochen haben

(Zeiterfeit), oder daß sie mehr Gehalt haben sollen. (Erneute Zeiterfeit.)

Abg. v. d. Hagen (Soz.): Der § 7 des neuen Vereinsgesetzes gestattet Vereinigungen unter freiem Himmel nach vorheriger Genehmigung. Nun ist ein Amtsrichter am 12. August eine solche Anzeige überreicht worden, und am 19. erfolgte folgende Antwort: „Ihrem Antrage vom 12. ds. kann nicht entsprochen werden, da durch die Abhaltung der geplanten öffentlichen Versammlung Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sind.“ (Hört, hört h. d. Soz.) Der Amtsrichter wollte sich an den Landrat, und der Landrat lehnte die Befehlserte mit denselben Gründen ab. (Hört, hört h. d. Soz.) Dabei schreibt das Vereinsgesetz vor, daß Vereinigungen unter freiem Himmel nur verboten werden können, wenn bestimmte Gründe vorliegen. Wie in einem Falle durch eine Versammlung unter freiem Himmel die öffentliche Sicherheit gefährdet werden kann, weiß ich nicht. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Es gibt in dem betreffenden Dorf kein Lokal für unsere Partei, und es gibt eine große Dorfstraße, auf der kurz vorher ohne jede Störung ein großes Sängerefest stattgefunden hatte.

Der Sozialdemokrat aber wurde die Dorfstraße verweigert (Hört, hört h. d. Soz.), und zwar geschah das mit der Begründung, daß infolge der Spannung zwischen den Nationalen und den Sozialdemokraten, die in letzter Zeit sich verschärft hätte, Reibungen und Störungen zu erwarten seien. (Hört, hört h. d. Soz.) Das geschah, trotzdem das Sängerefest ganz ruhig verliefen war. Es scheint uns, als ob die Behörde befürchtet hat, daß die Nationalen die sozialdemokratische Versammlung überempfindlich würden. (Zeiterfeit u. Zustimmung h. d. Soz.) Soweit ich die Bevölkerung kenne, kann auch in den national gesinnten Kreisen davon keine Rede sein, daß ein solcher Überfall geplant war. Ich muß die nationale Bevölkerung gegen diese Insinuation der Behörde in Schutz nehmen. (Sehr gut! h. d. Soz.) Es handelt sich bei der Angelegenheit, die ich vorgetragen habe, um den Landrat Ernst v. d. Othen, Mitglied dieses Hauses. (Hört, hört h. d. Soz.) Wenn ein Gesetzgeber sich in dieser Weise Verhalte zuzufinden lassen läßt, dann ist das sehr beklagenswert. Den Landrat in Königsberg l. N. habe ich ferner an, daß er die Bestimmungen der Verfassung, die die Freiheit der Versammlung betreffen, (Hört, hört h. d. Soz.) Das bedeutet

### eine Rechtsmaßnahme unserer Partei.

Der Minister sollte dafür sorgen, daß seine Verfügungen und das Vereinsgesetz von den Landräten durchgeführt werden. Es gibt unter den Landräten auch einträgliche Männer, die das Vereinsgesetz loyal handhaben. So den Landrat des Kreis Hirschberg. Aber da kommen dann die Junker und Großgrundbesitzer und üben ihre Macht auf den Landräte aus. Nur so ist es zu verstehen, wenn der Landrat des Kreises Neubrandenburg, der auf dem Standpunkt des Hirschberger Landrats stand, später gemeinschaftliche Veranlassungen in „politischen“ Veranlassungen stellte. Das ist eine Politik der Abneigung, und diejenigen haben Recht behalten, die befürchten, daß diese Politik der Abneigung durch das neue Vereinsgesetz nicht beseitigt werden würde. Veranlassungen unter freiem Himmel werden, entgegen den klaren Bestimmungen des Gesetzes, mit Behauptungen, die aus der Luft gegriffen werden, verboten. Das beweist, daß

### mit zweierlei Maß gemessen wird.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Unter solchen Umständen brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn die breiten Massen des Volkes

### Präsident v. Krüger: Sie wollten doch nur über die

Landräte sprechen. (Zeiterfeit.)  
Abg. v. d. Hagen (Soz.): Gern möchte ich die breiten Massen des Volkes durch dieses Betragen der Landräte zu der Überzeugung kommen, daß sie nicht gerecht behandelt werden. (Lachen rechts; Sehr gut! links.) Es ist alles beim Alten geblieben. Die Sozialattributionen und Veranlassungen unter freiem Himmel werden in der Weise fortgesetzt. Ich könnte hier hundelange Beispiele anführen, die nicht sind, das sie bekräftigt auf Sie (nach rechts) wirken werden. (Sehr richtig! rechts.) Sie wollen natürlich Ihre Macht stabilisieren. Sie wissen, daß, wenn das Vereinsgesetz loyal durchgeführt würde wie in Süddeutschland, es mit Ihrer Macht vorbei wäre. Aber Sie brauchen sich dann auch nicht zu wundern, wenn die Massen, die fortgesetzt gequält behauptet werden, sich gegen Sie auflehnen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Minister sollte im Interesse seiner Autorität dafür sorgen, daß sich die Landräte nach seinen Verfügungen richten. Ich würde mich keine Minute auf einem Ministerstuhl wohl fühlen, wenn meine Anordnungen nicht nachkommen würden. (Lachen rechts; Sehr gut! h. d. Soz.)

Abg. v. d. Othen (Zentr.): Der Antrag, den Sie hier machen, ist ein sehr guter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich habe sofort verstanden, daß die Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes in lokalster Weise durchgeführt werden. (Gr. Zeiterfeit bei den Soz.) Unsere Anschauungen über die Lokalität sind allerdings verschieden, ich halte es für lokal, einen Geb. den ich dem König geleitet habe, auch zu halten. (Lachen rechts.) Das war sehr schön gesagt! (Zeiterfeit.) Wie liegen nun die Dinge in meinem Bezirk? Zwischen den beiden Bevölkerungsklassen herrscht eine starke Spannung. (Rufe: Gott sei Dank! rechts.) Liebenswürdig und amon wie die Sozialdemokraten sind, arbeiten sie dort unter Führung des Abg. v. d. Hagen. An demselben Tage, an dem ein großer Sängerefest dort stattfand, wurde die Sozialdemokraten aus einer Umzug gehalten. Das befremde ich als Landrat eines Kreises aus der Gemeinde, es würde rettungslos zur Schlägerei kommen. (Zeiterfeit rechts.) die ganze Sache sei nur provokiert. (Lachen Widerspruch bei den Soz.) Als erster Beamter des Kreises habe ich es da allerdings für meine Pflicht gehalten, die öffentliche Ordnung dadurch zu sichern, daß ich die Amtsbehörde angewiesen habe, die Versammlung zu verbieten. (Hört, hört bei den Soz.) Andererseits habe ich auch angewiesen, Umzüge, die mit denen anderer Parteien nicht kollidieren, als das geringste Hindernis zu bereiten. Die Sozialdemokraten haben verstanden, in der Ordnung Gütemieße eine Wahlvereinsfunktion zu bekommen. (Präsident v. Krüger: Das geschah doch nicht hierbei.) Das Verwaltungsgericht hat sich der Ansicht des Kreisassessors, daß kein Verbot vorlag, angeschlossen. Trotzdem hat sich Herr v. d. Hagen mit seinem ganzen Anhang launlos Straßmandate wegen Verstoßes gegen die Schankstempelung ausgegeben. (Zurufe bei den Soz.) Das ist die berühmte Gefährlichkeit der Sozialdemokraten. (Als der Redner die Tribüne hinabstieg, rief ihm die Menge freundlich zu.)

Minister des Innern v. Holthe: Die allgemeinen Angriffe gegen die Landräte weise ich mit Entschiedenheit zurück. (Beifall rechts.) Die Landräte haben Anerkennung für die preussische Monarchie geleistet. Wir können auf sie stolz sein. (Lauter Beifall rechts.)

Abg. v. d. Hagen (Soz.): Die Polen schreien nach der Sozialdemokratie, immer wieder. Wenn die Zentrumsmänner politische Kandidaten unterstützen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Regierung gegen sie vorgeht. (Stimm. Beifall links. - Lärm im Zentr.) Gewiß, die Unabhängigkeit der Beamten soll hochgehalten werden. Aber die Beamten müssen auf dem Boden des Staates stehen.

(Stimm. Beifall rechts. Wie deutliche Ratholiken zur Wahl eines Polen veranlassen will, ist ein Verräter an der deutschen Sache ein Verräter. (Stimm. Beifall rechts. - Lärm anhaltender Lärm im Zentr.) Mit solchen Verrätern an der deutschen Sache darf niemand gemeinsame Sache machen. (Stimm. Beifall rechts und bei den Kathol. - Großer Lärm im Zentr.)

Abg. Graf v. Trautmann (Zentr.): Wir bedürfen uns auf das entschuldigend, daß Herr v. d. Hagen hier vorgibt, im Namen der Deutschen zu sprechen. Wir fühlen uns auch als Deutsche. (Stimm. Beifall im Zentr.) Damit schließt die Debatte.

Abg. v. d. Hagen (Soz.) persönlich: Der Abg. von der Othen hat gesagt, das Sängerefest und unsere Versammlung hätten an ein und demselben Tage stattfinden sollen.

Das Sängerefest war doch früher. Der Abg. v. d. Othen hat weiter gesagt, ich sei bestraft worden. Auch daran ist kein Wort wahr! (Hört, hört bei den Soz.)  
Abg. v. d. Othen (konf. persönlich): Nicht Herr v. d. Hagen, aber seine Hintermänner sind wegen Lieberheit des Vereinsgesetzes bestraft worden. (Lachen h. d. Soz.)  
Schluß 4 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

217. Sitzung, Dienstag, den 2. März, nachmittags 2 Uhr.

Der Etat für die

### Schutzgebiete und das Kolonialamt

wird weiterberaten, beginnend mit dem Etat des Schutzgebietes Kamerun. (Stimm. Beifall.)  
Abg. Dr. v. Goller (Zentr. Volksp.): Im Norden von Kamerun sollte man zugunsten der Christianisierung dem Wohlwollen nicht zu feindlich entgegenkommen. Das könnte zu schlimmen Veranlassungen führen, als in Diarria. Die Entwaldung der Gebirgsregionen und des Verkehrs in Kamerun erweist uns wenig Genugtuung. Zum Schutz möchte ich mich eines armen Veranlassungen annehmen, der in Kamerun-Kamerun hant: Des Gorilla. (Zeiterfeit.) Man sollte ihn vor der Verwilderung bewahren. (Wrao: bei den Zentr.)

Abg. v. d. Hagen (Zentr.): In die verwandtschaftlichen Beziehungen des Abg. Goller will ich mich nicht einmischen. Nach dieser Verwandtschaft habe ich keine Sehnsucht. (Sehr richtig! im Zentr.) Angenommen, daß die Kolonialpolitik nur in einem armen Veranlassungen annehmen, der in Kamerun-Kamerun hant: Des Gorilla. (Zeiterfeit.) Man sollte ihn vor der Verwilderung bewahren. (Wrao: bei den Zentr.)

Der Etat für Kamerun wird bewilligt, nachdem Staatssekretär v. Dornburg bezüglich des Gorilla mögliche Schonung ausgetagt hat. Es folgt der Etat für Logo, beginnend dem Kapitel: Zilderevolution. (Stimm. Beifall.)  
Abg. v. d. Hagen (Soz.): Der Etat für Logo im vorigen Jahr den Reichstagler, einer Resolution nicht, Änderungen zu treffen, durch welche die im Schutzgebiet Diarria für den Betriebszweig der Plantagenlandereien gültigen Bestimmungen auch für Logo fassbar in Kraft gesetzt werden. Diese Resolution war notwendig, weil Spekulationen in feines einwandfreier Weise einen großen Teil des Logogebietes unter den Eingeborenen übernommen haben und die Gefahr bestand, daß diese Landereien zum Teile aus Spekulationsgründen brach liegen bleiben würden. Ich frage die Kolonialverwaltung, welche Maßnahmen im Sinne dieser Resolution ergriffen sind.

Staatssekretär v. Dornburg: Eine zu dem Zweck der Feststellung ernannte Kommission hat konstatiert, daß die Eingeborenen im Allgemeinen ihre Lande bebauen. Sie hat weiter festgestellt, daß die Logogebiete zu weiteren Landabteilungen verpflichtet ist. Die Beilechtung hat aber hiergegen den Weg der Klage bestritten. Bezüglich der Resolution ist eine Verordnung erlassen, wonach in Logo der Verkauf von Kronland nur mit Genehmigung des Gouverneurs erfolgen darf. Dadurch soll das Land der Spekulation entzogen und der Bebauung zugänglich werden.

Abg. v. d. Hagen (Soz.): Die Zurücknahme von Kronland, das an die Logogebiete für ein Futterbrod verkauft ist, darf nicht dazu führen, daß etwa auch von den Eingeborenen Land zurückgenommen wird. Es wird ja schwierig sein, das Kronland und das den Eingeborenen zuziehende Stammesland immer zu unterscheiden. Es wäre also gerecht, die Eingeborenen im Besitze ihres Landes ohne weitere Untersuchung zu belassen. (Der Staatssekretär nickt guttunend.) Die vom Staatssekretär erwähnte Verordnung deckt sich nicht mit dem Zweck der vorjährigen Resolution. Es müßte vielmehr nicht nur Kronland, sondern auch das im Besitz der Logogebiete bereits befindliche Land dem Betriebszweig unterworfen sein. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Staatssekretär v. Dornburg: Der Verkauf hat unter bestimmten Bedingungen stattgefunden. Man könnte diese Rechte jetzt ohne Entschädigung einschränken. (Zustimmung rechts.) Herr Ledebour vertritt nur den Standpunkt seiner Partei.

Abg. Ledebour (Soz.): Mit meinen Ausführungen betreffe ich den Standpunkt der Mehrheit des Reichstags, was allerdings fest vorzukommen. Den Polen gegenüber hat man eine Beschränkung erworben, die Rechte für möglich gehalten. Im Logo aber ist es ganz anders. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das zeigt wieder einmal, wie elatisch die Grundzüge der Herren von der Regierung sind. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt. Der Rest des Etats für Logo wird ebenfalls bewilligt.

Es folgt der Etat für Südwestafrika. (Stimm. Beifall.)  
Stimm. Zentr. Gouverneur bemerkt:

Abg. Dr. v. Eichen (natl.): die deutschen Behörden ausfallen alles geben, um mit den Hereros und Bantantenen zuzukommen. Die Schuld am Zustand trägt nicht die. Der koloniale Bahnbau dürfte nicht von fleischlichen Rentabilitätsrechnungen abhängig gemacht werden. (Zustimmung bei den Natl.) Redner bemängelt die koloniale Rücksichtnahme und verlangt, daß den Hereros aus den Diamantfeldern angemessene Einkünfte gegeben werden müßten. (Wrao: bei den Natl.)

Staatssekretär v. Dornburg verteidigt sich gegen den Vorwurf, im Betreiben des kolonialen Bahnbauwesens lässig zu sein. In der Meta der Reichsfinanznot müsse er aber auf Rentabilität achten und die Sachen an sich heranzommen lassen, anstatt zu überhasteln. (Sehr richtig!)

Abg. v. d. Hagen (Soz.): des Generals Trotha lag mir fern. Ich bin darin auch nicht ladend. Die Leistungen unserer Truppen stehen aber für mich über allem Zweifel. Trotzdem muß man zugeben, daß Kolonialkriege stets ein Unglück für die Kolonien sind, da sie weder kriegerische Ehren, noch ethische Werte bringen. In der kolonialen Rücksichtnahme sind gewiß Mängel, aber was die vom Vortrager vorstellte Herleitung der Hereros betrifft, so ist das nicht die Ursache, sondern die Ursache, die sie in Anspruch nehmen. Das Ideal wäre ein höchster Gerichtshof für die Kolonien. Herr Zentler wünschte auch eine Sicherung des Gemeines an den Diamantfeldern. Er meint, das liegt im sozialen Interesse. Ein Eintrich in Be-

Hygiene erscheint mir aber nicht sozial, sondern schon mehr sozialistisch. (Lachen b. d. Sog. — Bravo! rechts.)  
Hr. Gräberger (Zentr.): Die vom Gouverneur von Schwaben für Schwabenland erlassene Verfügung ist vom Geiste der Selbstverwaltung getragen und ein haarscharfes Dokument ersten Ranges. Die dortige weise Bevölkerung geht der Demut mit jener Weisheit vor, indem sie sich bereit erklärt, Steuern zu zahlen. (Beifall.) Im Gegensatz zu der Sozialdemokratie sind wir damit einverstanden, daß die Schwaben kein Wahlrecht haben. Ihre Interessen werden durch einen für sie ernannten Kommissar angemessener gewahrt. (Beifall bei den Sog.) Die Gemeinden müssen selbständige Steuern haben, vor allem sollte überall die Vermögenssteuer eingeführt werden.

Deutsch-Schwabenland hat aber noch immer unter den Landgesellschaften zu leiden. Die Landkommision sollte nicht nur beraten, sondern auch dem Reichstag Berichte erstatten. Die deutsche Landgesellschaft hat es dort verstanden, alle Lasten von sich abzuwälzen, alle Rechte aber zu behalten. Leider ist das Bergrecht fast ganz in Händen der Gesellschaften. Diese werden immer übermächtiger. So erklärte die Deutsche Landgesellschaft auf einen Antrag des Reichstagskommisars: wir leisten darauf. (Sogt, hört!) Der wichtigste Punkt in den Kolonien, vor allem in Südwest, ist die Justiz. England hat keine Mittel gesehen, um in seinen Kolonien eine gute Rechtsprechung einzuführen. Das sollten wir uns zum Muster nehmen. Wir haben in den Südgobiern nur Konsulargerichtshöfe. Wenn deren einziger Zweckmangel bekannt wäre, so hätte sich hier im Reichstag längst lebhafter Widerspruch geltend gemacht. Die Rechtsprechung gegenüber den Weizen läßt schon viel zu wünschen übrig, den Schwaben gegenüber liegt sie aber vollends im argen. (Sehr wahr! im Zentr. und bei den Sog.) Da verleiht z. B. ein Besitztum furchbar schweren Anklagen die Justizung eines Rechtsanwalts. (Sogt, hört!) Und das ist die höchste Regierung, verbietet die Ehe zwischen Weizen und Weizen. Das ist weder mit der bürgerlichen Gesetzgebung, noch mit der kirchlichen Anschauung in Einklang zu bringen. Auch in den Kolonien muß der Grundbesitz besetzt werden: Justitia fundamantum regnum (Gerechtigkeit ist die Grundlage der Herrschaft). (Leb. Beifall im Zentr.)  
Gouverneur v. Schürmann: Wir sind alle sterbliche unvollkommene Geschöpfe. Die Hottentotten haben eine Strafprozedur, die manchen Vorzug, namentlich den der Kürze, vor der deutschen hat. (Schallende Heiterkeit.) Die guten Maßregeln des Herrn Gräberger werde ich den Kommuniten zur Prüfung überweisen. Die Ehen zwischen Weizen und Kartoffeln zu verbieten, habe ich mich nicht verheißt. Weizen werden nur nicht mehr eingetragen. Das war der Wunsch der ganzen weißen Bevölkerung. Es werden jetzt sehr viele Ehen zwischen Weizen geschlossen und wir bekommen ein sehr hübsches nettes Material. (Schallende Heiterkeit.) Die bedeutenden organisatorischen Fähigkeiten, welche Herr Rostke zu besitzen scheint, möchte ich gern in Schwabenland verwenden. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Herrn Rostke, mich nach dort zu begleiten. (Erneute Heiterkeit.) Er kann zunächst einmal die hier entwickelten Ansichten im Bürgerverein von Emmenthal vorbringen. Für jede Aufnahme kann ich allerdings nicht einsehen. (Schall. Heiterkeit und Leb. Beifall rechts.)  
Nach weiteren Bemerkungen des Hrn. v. Blasi über Justizmängel in den Kolonien und einer Erwiderung des Staatssekretärs wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt. — Schluß 6 1/2 Uhr.

### Gewerkschaftliches.

#### Wenn die Internernehmer Tarifverträge fähig!

Der Internernehmerverband für Wännenfabrikanten hat zum 1. April den mit dem Zentralverband der Maschinenbau- und Feiler bestehenden Tarifvertrag geschlossen. Die Tarifverträge sind die ersten, die eine Änderung der bisherigen Bestimmungen herbeiführen wollen und zwar die Umwandlung des Wochenlohnes in Monatslohn und eine Reduzierung des Arbeiterlohnens.  
Hoffentlich bereiten die Arbeiter den fauberen Plan der Herren, aus der wirtschaftlichen Krise und der Notlage der Arbeiter auch noch Kapital herauszuschlagen! —  
**Zahlarbeiterstreik.**  
In der Zigarettenfabrik von Gebr. Vedicke in Dresden ist wegen Mangelung eines Wirtschafes der Arbeiter-Ausschusses ein Streik ausgebrochen; es folgten ungefähr 100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. — Es wird gebeten, Zugang fernzuhalten.  
**Das Koalitionsrecht der Schulleute.**  
Wie seinerzeit berichtet, nahm das Münchener Gemeindefolgeium einen Antrag der Sozialdemokratie an, worin

der Magistrat. — Es wurde, den Schulleuten uneingeschränktes Koalitionsrecht zu gewähren, um entgegenstehende Beschlüsse aufzuheben. Der Antrag war jedoch verworfen, daß der Magistrat den Schulleuten die Zugehörigkeit zu einem fürder bestehenden Schullehrerverein verboten hatte, als der Verein sich einem hantwärtigen Landesverband anschließen und wirtschaftliche Fragen erörtern wollte. Auf den Antrag der Sozialdemokraten hin hat der Magistrat endlich seinen ablehnenden Standpunkt aufgegeben. Dem hantwärtigen Vereins-Ausschuß wurde eröffnet, daß der Gründung eines Vereines der Schulleute nunmehr nichts mehr im Wege stünde.

### Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 3. März 1909.

#### Die Herffschaft des Winters

ist noch ungebrochen. Die Mäkte bringen eine für die Jahreszeit sehr betrübliche Kälte. Gestern und heute haben den härtesten Schneefall des ganzen Winters zu verzeichnen, der noch immer andauert. Gerdauz ungläubliche Mengen Schnee sind niederzugeschnehen, trotzdem die weißen Flocken nur flauartig sein umherwirbeln. Dazu erhob sich gestern nachmittags ein kräftiger Wind, der die weißen Massen an verschiedenen Stellen zu Hügeln aufstammte. Das städtische Schreinstitut arbeitet mit aller Macht, um wenigstens an den lebensfeindlichen Verkehrspunkten den Schnee wegzufahren. Wie uns scheint, fehlt es an Werkzeug, um eine genügende Zahl Arbeiter für diese Arbeit anstellen zu können, wenigstens nach gestern und heute früh von der Tätigkeit solcher noch nicht allzuviel zu bemerken. Und doch sollte man den erwerbslosen Arbeiter wenigstens jetzt einen Verdienst zufommen lassen. Nicht nur in ihrem Interesse sondern auch zum Nutzen der Verkehr. Die städtischen Straßenbahnen und der Personenverkehr haben besonders schwer zu leiden, in den Außenbezirken können sich aber auch Fußgänger kaum durchschlagen. Wenn jetzt plötzlich Lawentetter eingetren würde, ständen wir sicher einer noch schwereren Hochwasserflut vor uns wie im vorigen Monat gegenüber.  
Und doch ist's des Elends schon mehr als genug. Die anhaltende Kälte beeinträchtigt das Erwerbsleben aus empfindliche. Die Wäntigkeit ruht vollständig, die Ausschachtungsarbeiten rücken nicht voran, da Schnee, Eis und hartgefrorenes Erdbreich die Arbeit erschweren.  
Die arme Bevölkerung bekommt die Folgen bitter zu spüren. Die paar Socken, die man im Herbst hat einlaufen können, sind längst verbraucht. Hundweise wird nun das Brennmaterial herangeholt. Nicht selten reicht es aber nicht einmal mehr zu einem warmen Ofen. Friedend jenseigen Eltern und Kinder zusammen im Stübchen. Glücklich beruigen, der seinen Kindern noch Brot reichen kann, wenn es auch nicht mehr ganz zum Sattellen reicht. . . .

Die Gewerkschaften haben in dieser Zeit der bitteren Not Großes geleistet. Uebermenschliches leist. Millionen über Millionen sind zur Unterstützung Erwerbsloser verausgabt worden. Nicht Almosen sind es, die die Organisation dem Berufslosen reicht. Nicht Entwürdigendes steht an den Unterstützungen. Es ist die Hilfe, die der Arbeiterbesitzer pflichtgemäß dem Arbeiterbruder zuteil werden läßt. Der Name der Armen. — Es ist unmöglich, daß die Arbeiterorganisationen aller Völkerver, die Schächer der kapitalistischen Wirtschaftsförderung reißlos tilgt. Sie könnte aber noch weit mehr leisten als jetzt, wenn endlich jeder, aus der letzte Arbeiter seiner Berufsorganisation nie der Arbeiterpartei angehören würde.

Das fernbleiben eines Arbeiters von diesen beiden Arbeiterbereichen ist in heutiger Zeit nicht nur eine Nachlässigkeit, sondern geradezu eine Gemeinheitsgefahr. Die bittere Not der Gegenwart sollte doch wenigstens den Arbeiter befehlen, der für Weib und Kind zu sorgen hat und nun heute ohne Mittel, ohne Erwerb, ohne Unterhalt und Hoffnung dasteht. Er erfährt es jetzt am eigenen Leibe, was es heißt, der bürgerlichen Gesellschaft zu vertrauen, ihren Freundschaftsbeteuerungen zu glauben und sich den Klaffensgeheim feindselig oder kalt gegenüberzustellen.

Die herrschenden Klassen, statt die Milderung des Elends energisch zu betreiben, können nun darauf, wie sie die neuen ungeheuren Steuerlasten, 600 Millionen Mark, der großen Masse des arbeitenden Volkes allein aufbürden können. Neue Lasten zu den alten! Warum auch nicht? Das Volk ist ja geduldi!

Wie lange noch? Wann wird es aufhören in demittiger Ergebung zu den „höheren Schichten“ und deren Wohlleben aufzu-

bliden, als müßte das so sein? Wann wird es die prophetische Mahnung des Dichters beherzigen:

Deiner Dränger Spar erlaßt,  
Wenn du, midde deiner Zeit,  
In die Gese lehnst den Pfing,  
Wenn du ruffst: es ist g e n u g!

#### Was aus dem Geiste der Polizei.

Trotzdem die Verhärkung der Schaufener während des Gottesdienstes nach der neuen Überwaldverordnung nicht mehr nötig ist, schritten am Sonntag Polizeibeamte gegen diejenige Geschäftsleute ein, welche sich nicht mehr dazu bequemen, ihre Schaufener zur Verhärkung des Sonntags zu begeben. An „amtliche Stelle“ war nämlich noch nichts von der Verordnung bekannt und demwegen fühlten sich die „amtlichen Organe“ verpflichtet, die Benutzung der Geschäftsleute zur Unzeit zu bringen. Das ist natürlich höchst unbillig, denn Strafmandate würden bei gerichtlicher Entscheidung nicht anerkannt werden, da dann eben die neue Verordnung schon „amtlich“ bekannt sein würde. So hat die ganze Aktion weiter keinen Erfolg, als daß man auch in Bürgerkreisen mal wieder den Eifer der Polizei — bewundern wird. Uns fants recht sein!

#### Die größte Wohlthätigkeit in Halle

ist bekanntlich die der Salkischen Maschinenfabrik und Eisenwerke zu erlösen. Seit langen Jahren schon stellt diese Fabrik ihren Aktionären den erträglichsten Verdienst von 25 bis 40 M. im Jahre auf 100 M. Aktienkapital. Neuer, mo nach dem Geschäftsbericht die Leistungsfähigkeit des Werkes nicht so ausgenutzt werden konnte als in früheren „guten“ Jahren, sind es „nur“ 26 Prozent Dividende, die an die armen Aktionäre gegeben werden sollen. Der Verdienst dieser behauerten Leute hat damit den seit 20 Jahren tiefsten Stand erreicht. Es ist fraglich, ob nicht im Laufe dieses Jahres der Hungertypus unter den Aktienbesitzern der Salkischen Maschinenfabrik ankriechen wird. Aber nicht allein den schwer getroffenen Aktionären, die bei 1 800 000 M. Kapital das winzige Summchen von 468 000 M. Dividende beziehen, geht es schlecht, auch Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft müssen in diesem Jahre den Hungererinnen fester stehen. An sie würden nach der Gewinn- und Verlustrechnung nur rund 81 000 M. Zantime für ihre mühselige Arbeit gezahlt werden, während uns erinnerlich ist, daß der frühere Direktor Adelstein allein schon bis 160 000 M. im Jahre an Zantime eingenommen hat.

In, es ist ein miserables Zeital! Das heißt, nur für die Unschuldlichen, die Aktien besitzen, Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder sind. Den Arbeitern geht es hingegen ausgezeichnet. Sie haben nach dem Bericht einen Durchschnittsverdienst von 1575,80 Mark gehabt, gegen 1554,4 M. im Vorjahre. Darunter befinden sich Gewinn-Anteil und „Wohnschicksgeld“ in Durchschnittshöhe von 107,72 M. Es ist bei diesem Durchschnittsverdienst indes ein kleiner Schaden. Das ist nämlich der, daß dies nur auf die das ganze Jahr vollbeschäftigten Arbeiter angewandt ist. Nehmen wir einmal an, daß das Wert im Durchschnitt des Jahres wie schon früher rund 570 Arbeiter beschäftigt — der veröffentlichte Geschäftsbericht lag im Gegensatz zu früher darüber nicht — und rechnen auf diese die Gesamtlohnsumme von 641 548,98 M., dann ergibt sich für jeden erwerbslosen Arbeiter ein Durchschnittsverdienst von 1125,52 M., also „nur“ 340 M. weniger, als die Geschäftsleitung angeben hat. Das Bild sieht also schon etwas anders aus. Noch mehr würde es sich verändern, wenn wir einmal nachprüfen wollten, wie die Gesamtlohnsumme sich auf die verschiedenen Kategorien verteilt, dem Vorarbeiter, Aufseher oder Meister, die nicht im Lohngehalt stehen, aber ziemlich hohe Löhne für ihre Arbeitsleistung erzielen, werden einen ganz netten Prozentsatz der Gesamtlohnsumme für sich in Anspruch nehmen. Man weiß, wie derartige Durchschnittszahlen herbeigeführt werden — Nun ein paar Worte zu der famosen Gemeinheitsgefahr der Arbeiter des Werkes und zu der „Wohnschicksgeld“. Der Anteil am Gewinn sieht so aus, daß auf jeden Prozent Aktionär-Gewinn an den berechtigten Arbeiter — alle sind nicht berechtigt! — von 4 M. bis herab zu 66 Pf. gezahlt werden. Wer das Geld hat, schon recht genug für den Woff der Gesellschaft gearbeitet zu haben, erhält also in diesem Jahre 104 M. „Gewinn-Anteil“. Das sind beim Vollarbeiter mit etwa 3000 Stunden Arbeitszeit im Jahre ungefähr 3 1/2 Pf. Lohnaufbesserung für die Stunde, also ein verhältnismäßig winziges Erwas, welches er durch eine geschlossene Organisation schon längst erlangen haben dürfte. Dieses Geldent erlaufen sich die Arbeiter in dem Betriebe aber nur mit Preisgabe ihres wichtigsten Rechtes, des Koalitionsrechtes! Der Schlußsatz der im den Gewinn-Anteil maßgebenden Bedingungen lautet nämlich:

### Berthold Meryan.

Roman von Cornelle Hugens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Wenn der Idealist nur groß und genial genug ist, wird er auch ohne Geld Einfluß gewinnen,“ sagte Berthold, während seine Augen glühten. „Alle Religionenüberzeugten haben den Platon verachtet — ohne jede Ausnahme.“  
„Mein lieber Meryan, wie bist Du trotz Deiner Intelligenz doch noch so erstaunlich naiv! Glaubst Du denn wirklich, daß ein moderner Buddha oder Christus oder Mohammed oder Konfuzius in unserer Zeit noch eine neue Religion gründen könnte? Vor zwei tausend Jahren war die Welt doch etwas anders als jetzt beschaffen.“  
„Eine Religion, beruhend auf dem dogmatischen Glauben an einen Götter oder eine persönliche Alimadt, würde gar nicht nötig sein. Wir brauchen eine Religion ohne Mythosimus und Alimadt, ohne Belohnungen und Strafen — eine rein ethische Religion, die in dem menschlichen Stolz und in seinem Seelenadel wurzelt.“  
„Du bist unbeschreiblich! Dein Zustand ist wirklich hoffnungslos.“ Ein Sittenlehrer, welcher der ganzen Menschheit und namentlich dem Böbel Hochmut predigen wollte, anstatt Unterwerfung, Demut und Selbstenheit, brauchte gar nicht erst auf die Kreuzigung zu warten. Als Rubelbörder der gesellschaftlichen Ordnung würde er ganz nutzlos und profanisch von unferer Religion angelehrt werden. Im Hecke liegt die armen, sich abwickelnden Zeit, schon genötigt mit dem Götterglauben zu brechen, anstatt mit den offiziellen Verkörperungen der christlichen Kirche. Rom und Dordrecht“ wissen es schlaue anzufangen, den Demos im Auge zu halten. Vermöge Dich doch endlich, Meryan, ein Mann unferer praktischen Jahrhundert zu werden und höre auf, ein Träumer von 2000 Jahren, namentlich durch die eigenen Redensarten, einen „ethischen Sitten“ Dir, zu sein! Ich glaube gar, der bloße Gedanke an jene Zeit macht Dir ordentlich den Mund wässrig. In der Gegenwart müßtest Du für solche Meinen aber jedenfalls ein Freumathist vorziehen.“  
Berthold lächelte nur eben und sein Gesicht behielt seinen erhellenden, abweisend Ausdruck. Er mochte seinen Freunde nicht zeigen, wie chaotisch die Unterhaltung in seinem Hirn

durcheinander wirbelte und wie jedes Wort seine Niederergelagenheit noch vergrößert hatte.  
„Wenn wir nun einmal von dem philosophischen Gebiet auf den gangbaren Boden zurückkehren!“ fing Robert wieder an. „Wenn wir uns doch einigsein könnten, daß Du jetzt ernstlich zu arbeiten anfingest! Ich würde es sonst nachsichtig bedauern, mich je um Deine Lebensmitteilung bekümmert zu haben. Zum Donnermetter! gehe doch, daß Du ein Mann bist und Deine Weine stark genug sind. . . die Wahrheit zu tragen!“  
„Es lag etwas ungemein Zerwürdes in der Weise, wie Robert die letzten Worte gesprochen hatte. Berthold fühlte dies und lächelte.  
„Es freut mich sehr, daß Du Dich jetzt so weitgehend infonsequent zeigst,“ sagte Berthold, ihm die Hand reichend, um sich zu entfernen. „Aber denke nun bitte bloß an Dich selbst!“  
„Was in der Welt kümmern Dich denn die andern!“ rief er. „Dich über die allgemeine Verdrüßlichkeit in Deinem Proletariat nach denken! Sei selber es in der Welt zugeht, desto besser wird Du Dich amüfieren.“  
„Durchaus nicht! Da irrst Du über sehr!“ erwiderte Robert mit einem unterdrückten Schönen. „Von Fofsen, Clowns und Rirkusvorhergen bin ich absolut kein Freund. Die Darsteller müssen mit Ernst, Ueberzeugung und Stimmigkeit spielen, sonst halte ich es nicht mal der Mühe wert, hinzusehen.“  
„Ich werde mich also beflehen. Dein Kunstgefühl nicht zu kranken. In betreff der Stärke meiner Weine möchte ich jedoch bemerken, daß ich für die Wahrheit, welche Du mir aufbürden möchtest, mich herzlich bedanke.“, weile sie zu höflich, zu geizig und zu verlegend für mein Kunstgefühl ist.“  
„Wie die Tiere sich hinter ihm geföhnen, sah Robert auf seine Uhr, die auf halb Drei zeigte. Dann löschte er das Gaslicht aus und ging in sein Schlafzimmer.  
„Er macht jetzt eine Arie darin,“ dachte er achselzuckend. „Wenn ich gewußt hätte, aus welchem Stoff er zusammengesetzt ist, würde ich ihn vielleicht fürordentlich angelehrt haben. Er reagiert entsetzlich und es muß sich nun zeigen, was aus ihm werden wird. Wenn ich ihn nur an die Arbeit bringen könnte, dann würde er wohl noch zurecht kommen.“

Der Frühling war angebrochen. Johann hatte sein Doktorexamen bestanden und sollte nun in Würde promovieren. Die fieberhafte Spannung, in der sich Karla seit Monaten befand, erreichte jetzt ihren Höhepunkt. Wenn Johann nach Hause kam, war er immer noch unverbändert. Schmachtend suchte Karla den Ton seiner Stimme und den Wid seiner Augen

zu enträufeln. . . und sie wartete und betete und betete und wartete, ben einen Augenblick voll Hoffnung, dann wieder unruhig, zweifelnd, mit gesteigelter Leidenschaft wegen der Ungeduld, die sie besaßte, nachdem er seine letzten Examen überstanden hatte.  
„Johann, komm!“ fragte sein Vater eines Sonntags nach beendigtem Frühstück, „aber bist Du vielleicht gerade verheiratet?“  
„Mein Vater, ich stehe vollständig zu Deiner Verfügung!“ erwiderte Johann mit überdegender Heiterkeit und folgte ihm folgend in die Studie, welche er als Kind bloß mit Furcht und Schrecken betreten, weil er dort gewöhnlich sein Zurechtfindung über der schatten Ladel empfangen hatte.  
Dieses Gestell, welches sich recht lange bei ihm erhalten hatte, war nun gänzlich verschwunden. Da er seine Studien vollendet, das Leben in ständlich klaren Umrissen vor ihm stand, und er sich nun der bürgerlichen Autorität bald ganz entziehen konnte, empfand er ein angenehmes Bemühen sein Unabhängigkeit — ein Bemühen, welches ihn innerlich durchdrang und sich auch in seiner ganzen Haltung offenbarte, wie er sich möglichst bürchlos vor seinem früheren strengen Mentor hinsetzte und die Dinge, welche da kommen sollten, mit faum bewagenden Wählern erwartete.  
„Johann! . . . begann sofort sein Vater, der sich an seinem Benehmen nicht erlösen konnte, in seinem fastleeren Tone. „Ich wollte Dir nur eine Frage stellen, die ich von Dir beantwortet haben möchte.“ „Sagst Du die Alimdt, sobald Du Dein eigener Herr geworden bist, Baronesse de Martignel einen Heiratsantrag zu machen?“  
Johann lächelte und zeigte sich keineswegs überascht, sondern gab sich eher einen Anstrich, als ob er diese Frage erwartet hätte.  
„Mit meinem Väter meines Vaters habe ich jemals daran gedacht,“ antwortete er mit ruhiger, fester Betonung.  
„So! . . .“ er hielt einen Augenblick inne, blieb vor Weger über die Art, wie sein Sohn ihm geantwortet hatte. „Also mit meinem Väter meines Vaters habe ich Du daran gedacht? Nun wohl, dann verziehe ich Dir, Dich in meinem Hause so zu benehmen, als ob . . . dies nicht Deine Sache wäre.“  
„Ich kann wahrhaftig doch nichts dafür, wenn ein Mädchen, mit dem ich plaudere und musiziere, dich Dinge einblüht, die nicht vorhanden sind,“ sagte er achselzuckend und gedehnt lächelnd.  
„Ach erliche Dich, in jeder Weise nicht fortzuführen, da ich die Alimdt, daß mein Sohn ein Gentleman ist, behalten möchte.“ (Fortsetzung folgt.)

Keine sozialdemokratische Vertretung.

Seit langer Zeit bestehen in der Raumburger Stadterhaltung...

Seit 2. März. (C. W.) Eine Protokollversammlung der Delegierten...

Am nun den Forderungen der Bergarbeiter den nötigen Nachdruck zu geben...

Für die Nach- und Abfindung von Arbeitern sind andere Bestimmungen getroffen worden...

Aus dem Bureau des Stadtrates. Die Schulpflichtigkeit der Fremden...

Seit 2. März. In allen Zigarren-Geschäften sind seit den letzten Tagen Petitionslisten...

Weisensfeld. 2. März. Achtung, Schneider! Die heute stattgefundenen Verhandlungen...

Weisensfeld. 2. März. (C. W.) Wo waren die Schutzvorrichtungen...

Am 2. März. Gemeinrats-Sitzung findet statt am 5. März, abends 8 1/2 Uhr...

Gieseler. 2. März. In den Frauenveranstaltungen ist noch zu bemerken...

Zwanzigstel. 2. März. (C. W.) Erfolgreich war die Verurteilung des Staatsanwalts...

Geschiedt. 2. März. Ueber ein gefälschtes Dynamit-Attentat...

Bismarckburg. 2. März. (C. W.) Gelingen Alibi's weis. Am Sonntag...

Nickel-Schmiedefabrik: Stadthausweg, zwischen Götterweg und Bismarckstraße...

Die Stellenermittler für Bühnenangehörige haben ihren Geschäftsbetrieb...

Wichtige Veränderungen im Eisenbahnerberuf treten am 1. April in Kraft...

Für die Nach- und Abfindung von Arbeitern sind andere Bestimmungen getroffen worden...

Aus dem Bureau des Stadtrates. Die Schulpflichtigkeit der Fremden...

Wichtiges ist festzuhalten. In der Nacht von Montag auf Dienstag...

Von der Straße. In der Zeiglerstraße verlor heute vormittag...

Leitin. 2. März. Am Sonntag lagte hier im Lokal der Witwe Krause...

Nietleben. 2. März. Seilererei und Langvergnügen. In der Nacht...

Uebung. 2. März. Ein Inzuchtverbot. Der wegen Körperverletzung...

Werden aber von Seiten der Arbeiter gemässige Schritte unternommen...

Da liegt der Hase im Pfeffer! Die Arbeiter sollen durch diesen Appell...

Was wir nachweisen wollten, nämlich, daß es der Arbeiter dieser Fabrik...

Wenn die „Halleische Zeitung“ wenigstens noch aktuell lägen...

Zülpel. Wenn die „Halleische Zeitung“ wenigstens noch aktuell lägen...

Der ungesetzliche Arbeitsnachweis des Vereins für Volkswohl...

Die Mitglieder der Jugendorganisation werden dringend gebeten...

Güterpreisen. Auf die am Donnerstag, 4. März er. stattfindende...

Metallarbeiter. In der am 26. Februar im „Volkspart“ abgehaltenen...

Der Ballotage-Ausschuss. Den getrennt der Metallarbeiter-Verband für seine Mitglieder...

Ein Inzuchtverbot. Der wegen Körperverletzung...

